Sessionsforum, SN vom 19.6.2018, Sommersession 2018

Martina Munz, Nationalrätin

Etappensieg bei Frauenquote und Konzernverantwortung

> *Gesellschaftspolitische Anliegen haben es normalerweise schwer im Parlament. In dieser Session wurden aber Meilensteine bei Gleichstellung und globaler Verantwortung erreicht.*

Noch letzten Frühling wies der Ständerat das Gleichstellungsgesetz an die Kommission zurück. Der Aufschrei in der Bevölkerung war gross, der Ständerat erntete dafür harsche Kritik. Seit bald vier Jahrzehnten ist die Lohngleichheit in der Bundesverfassung verankert und noch immer verdienen Frauen sieben Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen in der gleichen Position. In dieser Sommersession stimmte der Ständerat noch einmal über die gleiche Vorlage ab und siehe da, das Gleichstellungsgesetz wurde mit grossem Mehr angenommen. Der Druck der Öffentlichkeit hat den Meinungsumschwung bewirkt. Betriebe mit mehr als 100 Mitarbeitenden müssen nun eine Lohnanalyse erstellen. Das ist alles! Sanktionen sind keine vorgesehen. Diese Lohntransparenz wird sich trotzdem auf die Frauenlöhne auswirken. Kaum ein Unternehmen kann es sich leisten diskriminierende Löhne zu zahlen.

Auch im Nationalrat haben die Frauen einen Etappensieg errungen. Neu werden Frauenrichtwerte im Aktienrecht festgeschrieben. Vor wenigen Monaten bewerteten die Wirtschaftsverbände dieses Vorhaben als chancenlos. Umso mehr freute der hauchdünne Entscheid von 95 zu 94 Stimmen. In grossen, börsenkotierten Unternehmen müssen mindestens 30 Prozent Frauen im Verwaltungsrat und 20 Prozent in der Geschäftsleitung Einsitz nehmen. Heute sind diese Quoten kaum zur Hälfte erfüllt, Tendenz sinkend. Geht es um viel Macht und Geld, sind die Frauen praktisch inexistent. Trotz kritischen Stimmen der Wirtschaft, fand die weiche Quote eine Mehrheit. Offensichtlich wächst die Einsicht, dass der Markt nicht alles regelt. 37 Jahre Freiwilligkeit sind genug.

Der Nationalrat setzte auch ein wichtiges Zeichen für die globale Verantwortung. Die Konzernverantwortungsinitiative wird als Gegenvorschlag im Aktienrecht umgesetzt. Grosse Unternehmen mit Sitz in der Schweiz müssen in Zukunft bei ihren Geschäften im Ausland Menschenrechte und Schweizer Umweltstandards einhalten. Halten sie diese Sorgfaltspflicht nicht ein, können sie dafür haftbar gemacht werden. Die Schweiz ist eine der wichtigsten Drehscheiben im Rohstoffhandel und verdient damit viel Geld. Unser Land trägt damit eine besondere Verantwortung. Die Schaffhauser Arbeitsgruppe „Brot für alle – Fastenopfer" appellierte in einem Brief mit 242 Unterschriften an die Verantwortung der Politik: „Es sollten durchgehend die in der Schweiz selbstverständlichen Werte der Menschenwürde, der Fairness und der Ökologie gelten." Ich habe mich über diesen Brief und die vielen Unterzeichnenden gefreut. Die Wirtschaftskreise zeigten Respekt vor dem starken Rückhalt der Initiative in der Bevölkerung. Sie boten deshalb Hand für einen moderateren Gegenvorschlag, der rasch und ohne Volksabstimmung umgesetzt werden kann.

Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nahm eine wichtige Hürde. Die Schweiz hat vor rund 15 Jahren mit der Anschubfinanzierung eine gesellschaftspolitische Entwicklung eingeläutet. 57'000 Betreuungsplätze wurden seither geschaffen. Der Bundesrat wollte diese Finanzhilfe stoppen, obwohl das Ziel noch lange nicht erreicht ist. Doch der Nationalrat bewilligte hauchdünn eine weitere Finanzhilfe von 130 Millionen Franken für die nächsten vier Jahre. Für

Schaffhausen ist es höchste Zeit diese Chance zu packen, um mit anderen Kantonen gleichzuziehen. In unseren Nachbarkantonen ist ein gutes Betreuungsangebot zur Selbstverständlichkeit geworden.